

# Grundfragen der Heeres-Reorganisation

Autor(en): **Züblin, Albert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **29 (1949-1950)**

Heft 11

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159781>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# GRUNDFRAGEN DER HEERES-REORGANISATION

VON ALBERT ZUBLIN

Unsere Militärbehörden schicken sich an, eine neue Heeresorganisation zu schaffen, die für die nächsten 15—20 Jahre die Entwicklung unseres Heerwesens bestimmen soll. Man will die Armee an die geringeren Bestände, an die erst kürzlich erfolgte Neuregelung der Heeresklassen und an die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges anpassen.

Diese Reform kann schicksalhafte Bedeutung für den Bestand unseres Landes haben; sie ist deshalb wichtig genug, um das Interesse eines jeden, dem dieses Schicksal nicht gleichgültig ist, zu beanspruchen. Dies noch aus einem andern Grund: die Debatte über die Militäraufwendungen für das Jahr 1950 hat auch einem Kreis von nicht besonders in unsere militärischen Verhältnisse Eingeweihten zum Bewußtsein bringen können, daß sich unser Heerwesen zur Zeit in einem Engpaß befindet.

Die finanziellen Nöte der Armee haben ihren Ursprung im Geistigen; sie gehen zurück auf die Zeit vor dem zweiten Weltkrieg, als es an einer *vorausschauenden* Militärpolitik gebrach. Das Beharrungsvermögen alter Gewohnheiten und Anschauungen und das Nicht-Wahrhaben-wollen neuer Entwicklungen führte im Verein mit dem Bestreben nach kleinen Militärbudgets dazu, daß die waffentechnische Entwicklung bis mitten in die Dreißigerjahre hinein nur zögernd verfolgt wurde. Dann war es zu spät. Von den angesichts des drohenden nationalsozialistischen Krieges schließlich zur Verfügung gestellten Mitteln konnte nur noch ein sehr unvollkommener Gebrauch gemacht werden. Pläne und Produktion waren nicht genügend vorbereitet, Ankäufe im Ausland kaum mehr möglich. Der Kriegsausbruch traf eine Armee mit ungenügend ausgerüsteter Flugwaffe und fast völlig fehlender Panzer- und Fliegerabwehr. Dies trotzdem die Panzer- und Fliegerverwendung im zweiten Weltkrieg für diejenigen, die sich mit der Frage beschäftigen *wollten*, keine Überraschung bildete, sondern längst voraussehbar war.

Ohne Panzerabwehr war die Armee nach dem Zusammenbruch Frankreichs außerstande, das Mittelland gegen einen ernsthaften Angriff zu verteidigen, trotzdem sie im Süden an den Alpen eine gute Rückendeckung gehabt hätte; sie sah sich weitgehend aus diesem Grunde im Sommer 1940 genötigt, das Mittelland zu räumen. Erst 1944, nachdem die deutschen Panzerdivisionen im Osten und Westen in einen tödlichen Kampf verwickelt, wenn nicht vernichtet waren, kehrte die Armee in das Mittelland zurück, nicht um einen Groß-

angriff abzuwehren, sondern nur noch um ein Übergreifen der auf dem Rückzug befindlichen, geschlagenen deutschen Truppen und ihrer westlichen Verfolger auf unser Gebiet zu verhindern.

In der Zwischenzeit waren für Milliarden von Franken Befestigungswerke, Straßen und Unterkunftsbauten, Flugplatzanlagen usw. meistens im Reduit erstellt worden, die heute unsere Finanzen in doppelter Beziehung belasten. Einerseits bilden sie einen beträchtlichen Teil jener Schuld, die durch die Bundesfinanzreform abgetragen werden muß, andererseits bestehen diese Bauten zum großen Teil noch, werden mit großem Kostenaufwand unterhalten und weiter ausgebaut. Diese Aufwendungen haben in den Kriegsjahren ihren Zweck erfüllt; einzelne von ihnen, insbesondere diejenigen für die Flugplätze und Versorgungslager sind heute noch nützlich, aber auf weite Sicht betrachtet, steht der Aufwand in einem starken Mißverhältnis zum Nutzen für unsere Landesverteidigung, die sich nicht im Halten des ohnehin starken Alpenraumes erschöpft. Zum Schutze des Hauptteiles des Landes, der schweizerischen Hochebene, tragen die Befestigungen und Hindernisse in den Alpen nichts bei.

Diesen Schutz hat die Feldarmee zu gewährleisten, deren Masse, die Infanterie, heute noch auf die Mittel wartet, die ihr schon vor zehn Jahren fehlten, um im Mittelland gegen einen modernen Gegner erfolgreich zu kämpfen.

Es fehlt an dem Geld, das ausgegeben werden mußte, um die Mängel einer im Frieden nicht vorausschauenden Militärpolitik während des Krieges unter ungeheuer viel größerem Aufwand sehr unvollkommen auszugleichen. Wir müssen es vermeiden, denselben Fehler zu machen.

Für die Reorganisation der Armee muß das zu erreichende *Ziel* wegleitend sein. Dieses gilt es klar zu erkennen und kraftvoll zu verwirklichen.

### *Die militärpolitische Lage*

Die Verteidigung eines Landes ist nicht eine abstrakte, theoretische Angelegenheit, sondern ein Problem, das sich immer in Beziehung zum möglichen Gegner stellt. Gewisse Faktoren bleiben konstant, so namentlich die geographischen und — bei uns — auch die politischen (Neutralität), dagegen befindet sich der potentielle Gegner in ständigem Wechsel: 1914 waren es vor allem Deutschland und Frankreich, die als Gegner in Betracht kommen konnten; in den Zwanzigerjahren lenkte das etwas laute und aggressive faschistische Italien die Aufmerksamkeit auf sich, während das abgerüstete Deutschland und das kriegsmüde Frankreich kaum eine Bedrohung bildeten. Das änderte sich mit der Machtergreifung Hitlers und der

Wiederaufrüstung Deutschlands. Die Gefahr lag von da an eindeutig im Nordosten und Norden und weitete sich nach dem Zusammenbruch Frankreichs auf den Westen und in beschränktem Maße, vor allem 1943, auch auf den Süden aus.

Heute stehen wir in einem militärisch leeren Westeuropa. Von den unmittelbaren Nachbarn wären zur Zeit höchstens untergeordnete, lokale Bedrohungen durch Freischaren im Zusammenhang mit revolutionären Ereignissen in den betreffenden Ländern denkbar. Dagegen wird die ganze militärpolitische Situation überschattet vom Bestehen einer großen Militärmacht im Osten, der jenseits des Weltmeeres eine andere große Militärmacht gegenübersteht, die ihr militärisches und politisches Interesse an dem uns einschließenden Teil Europas durch die Anwesenheit einiger Truppenkontingente dokumentiert. Damit konzentriert sich das Interesse der militärischen Bereitschaft auf den Fall möglicher west-östlicher Auseinandersetzungen, und es stellt sich das Problem unserer Landesverteidigung in einem solchen Konflikt.

### *Die Zeitfrage*

Die beiden großen Militärmächte Sowjetrußland und USA sind je das Zentrum von zwei politisch und in ihrer Lebensanschauung gegensätzlichen Welten. Beide scheinen zu rüsten; beide organisieren militärisch und politisch das Vorfeld. Wenn man davon ausgehen kann, daß im Osten eine mächtige Produktion seit einigen Jahren vorwiegend für die Rüstung arbeitet, daß auch in den Randstaaten eine beträchtliche Rüstungsindustrie im Aufbau begriffen ist, dann dürfte von jener Seite her die Gefahr in dem Zeitpunkt wachsen, in dem einerseits die Produktion auf vollen Touren läuft, andererseits das seit einigen Jahren fabrizierte Material noch nicht veraltet ist. Es dürfte sich um einen Zeitraum von etwa 2—5 Jahren handeln.

Der Westen ist zur Zeit außerstande, einen Landkrieg zu führen. Solange die Rüstung im Westen fehlt, besteht für den Osten kein Anlaß zu irgendwelchen präventiven Maßnahmen. Sollte die Leere im Westen sich mit Soldaten und Material zu füllen beginnen, dann spitzt sich die Gefahr zunächst eher zu. Sofern sich der Osten einen Weltkrieg leisten kann und leisten will, dürfte er eher damit beginnen, bevor Westeuropa militärisch erstarkt ist. Das könnte wiederum in etwa 3—5 Jahren der Fall sein. Die *Möglichkeit* eines Kriegsausbruches ist unter den heutigen Kräfte- und Spannungsverhältnissen immer gegeben, doch scheint es, daß vor allem die Zeit in etwa 3—5 Jahren kritisch werden dürfte. Bricht bis in etwa fünf Jahren ein Krieg nicht aus, und sind unsere Nachbarn militärisch erstarkt, dann können die Verhältnisse immer noch auf eine Riesensein-

andersetzung hintreiben, sie können sich aber auch zum Guten wenden, wenn die Idee der europäischen Solidarität, die zu fördern wir das allergrößte Interesse haben, sich durchsetzen sollte. Es scheint unumgänglich, in der Reorganisation des Heeres, die ihre Wirkungen noch in 15 und 20 Jahren ausüben soll, den Zeitverhältnissen dadurch Rechnung zu tragen, daß man entscheidet, was *sofort*, schon 1950, ohne jede Rücksicht auf das beschlossene Budget gemacht werden muß und welche Aufgaben man späterer Sorge überlassen kann. Sofortprogramm und Planung auf weite Sicht müssen sich zu einem Ganzen fügen, sonst laufen wir Gefahr, unsere beschränkten Mittel wieder nach ganz verschiedenen Richtungen zu verzetteln.

Die Zeitfrage spielt im Leben des Einzelnen, der Armeen und der Länder eine entscheidende Rolle; die besten Pläne, die zu spät kommen, nützen nichts.

### *Verteidigung des Mittellandes?*

Hat schon der letzte Krieg an Unmenschlichkeit unser Vorstellungsvermögen übertroffen, so besteht keine Aussicht auf Besserung dieser Verhältnisse in einem kommenden Konflikt. Die Verschärfung der ideologischen Gegensätze schreitet fort, sie erinnert fast an die Zeit der Glaubenskriege oder der Völkerwanderung. Sollte es zum Kriege in unserem Lande kommen, müssen wir mit der Anwesenheit völlig fremder Heere rechnen, die durch Rasse, Sprache und Kultur mit uns kaum verbunden sind, und denen infolgedessen Hemmungen fehlen werden, welche die Gemeinsamkeit der Rasse, der Sprache und Kultur mit sich bringen. Angesichts dieser Entwicklung dürfte sich die Armee ihre Aufgabe nicht etwa dadurch erleichtern, daß sie sich wieder in den Zentralraum als Gebirgsfestung zurückziehen würde, *sondern sie muß mit aller Kraft und aller Macht, ohne rückwärts auf das Reduit zu blicken, das Mittelland verteidigen, wo vier Fünftel unseres Volkes leben und arbeiten.*

### *Aufgabe der Landesverteidigung*

Unsere Landesverteidigung dient in erster Linie dazu, den Krieg von unseren Grenzen fern zu halten. Damit das durch seinen Fleiß, seine Tüchtigkeit und seine Friedenspolitik wohlhabend gewordene Land für einen Gegner keine Versuchung bilde, muß es die Wirkung eines abstoßenden Kraftfeldes ausüben. Das bedingt, daß die Gesamtheit des Landes, auch die exponierten Teile, unter den Schutz eines schlagkräftigen Feldheeres gestellt werden, das jeder Bedrohung

unserer Unabhängigkeit gegenüber rücksichtslos und kräftig zuschlägt. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Bund verfassungsmäßig die Pflicht übernommen hat, die Bundesglieder, die Kantone zu schützen. Sie haben ihm zu diesem Zweck ihre eigene Militärhoheit abgetreten. Die Folge darf nicht die sein, daß der Bund zwar die Streitkräfte der Kantone ausnützt, ihnen aber nicht jeden Schutz gewährt, den sie im Rahmen des Möglichen beanspruchen können. Er dürfte sich beispielsweise nicht damit begnügen, eine zentrale Sperre durch das Mittelland zu legen. *Wir brauchen deshalb eine bewegliche Armee*, denn wir können unmöglich jeden Punkt unserer ca. 1800 km langen Grenze so bemannen, daß wir in der Lage wären, ohne Konzentration von Truppen etwas Kräftiges zu leisten. Außerdem wäre eine derartige Verzettlung völlig nutzlos, weil jeder militärische Gegner immer nur an wenigen entscheidenden Punkten angreifen wird.

Gelingt es unseren militärischen Maßnahmen nicht, einen Gegner vom Angriff auf unser Land abzuhalten, *dann muß ihn die Armee schlagen oder zum mindesten aufhalten*. Das ist möglich unter der einen Voraussetzung, daß sie nicht nach den berüchtigten Hitlerschen Grundsätzen eingesetzt wird, die auch in unserem Lande unter den Namen Igeltheorie oder Tiefenverteidigung beredete Verfechter gefunden haben, wonach der «Mann sich nur in seiner Festung totschlagen zu lassen, nicht aber beweglich zu sein hat». Sicher wird ein Gegner darauf ausgehen, unsere Bewegungen lahmzulegen. Das wird ihm auch hie und da gelingen, aber die Behauptung, in einem künftigen Kriege würden für denjenigen, der nicht die Luftüberlegenheit besitzt, Bewegungen am Tage und bei Nacht unmöglich, ist eine Übertreibung, die wir mit aller Entschiedenheit ablehnen können. Im Invasionskampf 1944 standen ungefähr je 5000 alliierten Jagd- und Bombenflugzeugen auf deutscher Seite etwa 90 startbereite Bomber und 70 Jäger gegenüber. Trotzdem sind Dutzende von Divisionen und Korps (oft mit Verlusten und Verzögerungen) über hunderte von Kilometern bewegt worden und zum Einsatz gelangt. Daß dieser Einsatz dort erfolgte, wo außer der konzentrierten alliierten Luftwaffe auch noch einige tausend schwerster Schiffsgeschütze unbehindert hineinschossen, und daß er nicht zum Erfolg führte, zeugt nicht für die Unmöglichkeit der Bewegungen, sondern für falsche deutsche Führungsentschlüsse.

Es ist unwahrscheinlich, daß in einem kommenden Krieg von allem Anfang an wohlorganisierte Luftwaffen vom Ausmaße der alliierten von 1944 auftreten werden. Vollends darf man ausschließen, daß unser Land je die militärische Bedeutung haben könnte, die es auch nur im entferntesten eines Luftangriffes solchen Ausmaßes würdig erscheinen ließe. Wir dürfen deshalb damit rechnen, ganz besonders wenn wir unser überdurchschnittlich gutes Straßennetz und

die überdurchschnittlich zahlreichen Geländebedeckungen in Rechnung stellen, auch im Kriege der Zukunft Bewegungen durchführen zu können.

Dafür, daß eine bewegliche Verteidigung entscheidende Abwehrerfolge verspricht, bildet das Beispiel Finnlands einen untrüglichen Beweis. Diese Erkenntnis bildet überdies die Quintessenz aller kriegerischen Erfahrung der Heerführer des besiegten deutschen Heeres, deren Aussagen Liddel Hart in seinem bemerkenswerten jüngsten Buche «Die Strategie einer Diktatur» zusammengestellt hat. Sie gipfeln in den Erklärungen des Generals Heinrici, wonach bei Konzentration der Verteidigung auf die wesentlichen Punkte der Angreifer an Zahl das Sechs- bis Siebenfache des Verteidigers einsetzen müsse:

«Die deutsche Niederlage im Osten war, nach meiner Ansicht, auf eine Hauptursache zurückzuführen, nämlich darauf, daß unsere Truppen gezwungen waren, ungeheure Räume zu decken, ohne daß eine wendige Befehlsführung sie auf die Behauptung der entscheidenden Punkte konzentrierte».

### *Die neue Organisation*

Der Entwurf der Heeresorganisation läßt erhebliche Zweifel zu, ob diese Fragen vorgängig mit der unerläßlichen Klarheit entschieden worden sind, denn er leidet an einem *schweren innern Widerspruch*.

Die Zahl und Zusammensetzung der Heereseinheiten bleibt im wesentlichen dieselbe; die Bildung von acht Felddivisionen und drei leichten Brigaden läßt erkennen, daß man das Schwergewicht der Abwehr im Mittelland sieht; ihre Ausstattung mit moderner Artillerie, neuzeitlichen Übermittlungsmitteln, motorisierten Trains, die Lösung der Gebirgsbrigaden vom Grenzschutz, die Umgruppierung der Grenzbrigaden ebenfalls im Sinne vermehrter Disponibilität der Auszugstruppen lassen erkennen, daß eine Anstrengung im Sinne verbesserter Beweglichkeit und größeren Führungseinflusses unternommen wird; ganz in dieselbe Richtung deutet auch der Entschluß, eine moderne Flugwaffe von ungefähr 30 Staffeln beizubehalten und auszubauen. Dann aber klafft eine große Lücke. Man vernimmt mit Staunen, daß *der Hauptmasse der Armee — der Infanterie — zugemutet wird, ihre Hauptaufgabe, die Verteidigung des Mittellandes mit den heutigen Mitteln zu lösen, die sich schon 1939 als völlig ungenügend erwiesen haben.*

Es ist nichts als ein Überbrücken eines großen Gedankensprunges, wenn hier das Schlagwort von der *primitiven Kampfführung* eingeschaltet wird, das uns aller Sorgen entheben soll, wie das Problem der Quadratur des Zirkels, bzw. der Verteidigung des Mittellandes mit ungenügenden Mitteln zu lösen ist.

Man empfiehlt ein Verfahren, das die Deutschen in der zweiten Hälfte des vergangenen Krieges bis zur Hefe ausgekostet haben, und das sie von Niederlage zu Niederlage geführt hat; man gibt der Führung ein Mittel, sich zum vorneherein der Verantwortung zu entschlagen, schließlich findet man einen Grund, im heutigen ungenügenden Ausrüstungszustand zu bleiben. Dies alles steht durchaus im Widerspruch zu den in der Neuorganisation im übrigen verfolgten Grundsätzen. Das *Wort* von der der Infanterie zugemuteten «primitiven Kampfführung» soll die *Tatsache* des Panzerkrieges verdecken, von dem in den Jahren 1940/45 neben dem Luftkrieg fast einzig die Rede war.

Unsere Armee bleibt mit Recht eine Infanteriearmee, der Hauptharst zu Fuß, einige Regimenter auf Rädern und einige motorisiert (in den leichten Brigaden). Sie darf jedoch nicht die Infanterie 1937/47 bleiben, soll sie nicht dem *Panzer* mehr oder weniger hilflos ausgeliefert werden.

Die Panzer haben den ersten Weltkrieg allein, den zweiten im Verein mit den Fliegern entschieden. Während der ersten zwanzig Jahre ihres Bestehens haben wir ihre Abwehr in der Hauptsache durch die Negation ihrer Existenz oder die Bagatellisierung ihrer Bedeutung für unser Land geführt (noch das Reorganisationsprojekt 1949 spricht überhaupt nicht von Panzern). Im Frühling 1940 rollten zehn deutsche Panzerdivisionen durch die Ardennen, ein unserem Mittelland und Jura nicht unähnliches Gelände. Die Theorie unserer Panzerabwehr brach zusammen.

Seither behelfen wir uns mit Minen, deren Bedeutung man derjenigen von Infanteriehindernissen vergleichen kann, ferner mit einer Anzahl nur auf kurze Distanz einigermaßen wirkender Panzerabwehrgeschütze und den nur auf Steinwurfdistanz zu verwendenden Panzerwurfgranaten. Seit dem Frühjahr 1949 besitzen wir außerdem ein Dutzend Panzerjägerkompagnien, die trotz all' ihren offensichtlichen Unvollkommenheiten den großen Vorteil haben, mit einem wirksamen Geschütz den Kampf auf die gleiche Distanz eröffnen zu können wie der Gegner.

Der gegnerische Panzer, der in unserm Mittelland ein annehmbares Kampffeld findet, muß mit stationären und beweglichen Waffen bekämpft werden. Selbst wenn wirksame stationäre Waffen (schwere Pakgeschütze und Bazookas) angeschafft würden, was in der neuen Heeresorganisation für einen *späteren Zeitpunkt* vorgesehen ist, wäre das Problem, unsere Infanterie wieder aktionsfähig zu machen, nicht gelöst. Auch der beste Verteidiger kann nicht durch passive Abwehr allein erfolgreich sein. Schließlich wird ihn der Gegner mit Feuer zudecken und durchbrechen, oder er wird ihn, dank seiner höheren Geschwindigkeit, umgehen. Dann kommt es darauf an, durch den



Einsatz beweglicher Kräfte im Gegenstoß oder Gegenangriff die Lage wieder herzustellen, eine Umgruppierung zu decken, einen Rückzug zu ermöglichen usw. Das kann unsere Infanterie heute nicht, denn an den entscheidenden Stellen wird sie stets auf gegnerische Panzer stoßen, denen sie ohne eigene Panzerunterstützung überhaupt nicht auf den Leib zu rücken vermag oder nur unter ungeheuren Verlusten. Wäre irgendein anderes Kampfmittel bekannt oder in Vorbereitung, das sich mit der Infanterie im feindlichen Kugelregen bewegen könnte und auf 1 bis 1½ km Distanz gegnerische Panzer wirksam bekämpfen könnte, dann könnten wir jenes Mittel anschaffen und selbst des Panzers entraten. Einstweilen wird aber in allen Armeen dieses Mittel im Panzer selbst erblickt. Wenn wir unserer Infanterie Unterstützungspanzer nicht geben wollen, dann bleibt sie veraltet und unfähig, das Mittelland wirksam zu verteidigen. Nur diese fahrbaren Kanonen können ihr die ständige Sorge abnehmen, durchbrochen, umfahren oder ganz einfach niedergewalzt zu werden. Der Unterschied zwischen den Armeen von Großstaaten und der unsrigen besteht darin, daß Großstaaten *strategische* Panzerwaffen besitzen. Darauf müssen und können wir verzichten, denn wir wollen keinen Krieg in den Ebenen außerhalb unserer Grenzen führen. *Aber innerhalb dieser Grenzen muß unsere Infanterie auch gegenüber einem gepanzerten Gegner Herr und Meister bleiben und das kann sie nur, wenn sie über die nötigen Unterstützungspanzer verfügt.* Es wäre eine Illusion und eine Verschwendung zugleich, der Infanterie mehr herkömmliche Waffen (z. B. Minenwerfer) zuzuteilen in der Meinung, daraus wieder eine im Mittelland selbständig verwendbare Truppe zu schaffen. Es ist auch weniger wichtig, ein rascher schießendes Einheitsmaschinengewehr zu besitzen, denn auch mit einem rasch schießenden Maschinengewehr vermag die Infanterie gegen Panzer nichts.

Rechnet man für jede Felddivision und für jedes Regiment der leichten Brigaden eine Abteilung zu rund 35 Wagen, so kommen wir auf etwa 420 Stück und unter Abzug der bereits vorhandenen rund 120 Panzerjäger auf einen *ersten dringenden Bedarf von etwa 300 Panzerwagen.* Organisation und Bemannung bieten unbestrittenermaßen keine Schwierigkeit. Nachdem die Kavallerie ihren Lebenszweck nicht mehr im Unterstützen der Hauptwaffen, sondern im Reiten erblickt, wird die Infanterie gerne die notwendigen Mannschaften abgeben, um endlich dieser langersehnten Hilfe teilhaftig zu werden, die sie erst wieder in die Lage versetzt, den Hauptteil des Landes und damit auch die Bauernhöfe unserer Reiter zu verteidigen. Die Panzerfrage ist die wichtigste Frage der Heeresorganisation. Schieben wir sie beiseite, dann laufen wir Gefahr, in einer möglichen kommenden Auseinandersetzung gleich dazustehen wie im

Sommer 1940, mit der Wahl, entweder in einem allzu ungleichen, primitiven Kampf rasch zu verbluten oder aber wiederum Haus und Hof, Frau und Kinder einem Eindringling preiszugeben und uns zur eigenen Erhaltung in die Berge zurückzuziehen.

### *Sofortprogramm und Finanzierung*

Neben dieser Hauptfrage bestehen andere, dringende, in ein Sofortprogramm aufzunehmende Verbesserungen. Vor allem brauchen wir *Radar* für die Flieger. Radar ist für den Fliegereinsatz ebenso wichtig wie der Funk für Landtruppen. Eine leistungsfähige Fliegerabwehr ist nötig, um die Bewegungen des Feldheeres zu schützen. Die sofortige Beschaffung stationärer Panzerabwehrwaffen bildet die unumgängliche Ergänzung der eigentlichen Infanteriebewaffnung.

Rechnet man, daß der erste, in fünf Jahren zu beschaffende Bestand an Panzerwagen insgesamt ca. 150 Millionen Fr. kostet, so gibt das jährliche Aufwendungen von ca. 30 Millionen Fr., d. h. 7 % des Militärbudgets für 1950 oder — mit den Ausgaben für Unterhalt und Betrieb — ca. 10 %. Sollen aber die dringenden Anschaffungen eines Sofortprogramms nicht jährlich wieder durch die Diskussionen um die Militäraufwendungen in Frage gestellt oder gar weniger wichtigen Dingen geopfert werden, dann müssen sie in einem festen, außerordentlichen finanziellen Rahmen gelöst werden (z. B. Wehranleihe), damit wir wirklich nach Ablauf des Zeitplanes der Sofortmaßnahmen die Kampfmittel zur Hand haben. Andererseits müssen, sollen unsere Wehraufwendungen nicht ins Ungemessene steigen, und soll nicht das ungenügende Bestehende alles Neue erdrücken, entschiedene Einschränkungen verwirklicht werden. Nur so wird es möglich sein, *sich auf das Wesentliche zu konzentrieren*. Ich erwähne z. B. einen starken Abbau im Festungswesen, das heute fast 30 Millionen jährlich beansprucht, den Verzicht auf den Wiederaufbau von Dailly, solange die Verteidigung des Mittellandes ungenügend ist, den Verzicht auf Instruktionsdienste für Territorial- und Grenztruppen außer in Zeiten akuter Gefahr (ca. 5 Millionen), auf F.-H.-D.-Kurse, Einschränkungen der rein theoretischen Kurse (Übungen für Stäbe, taktische Kurse), den Verzicht auf Anschaffung, Dressur und Wartung von *Reitpferden* für die Armee (11 Millionen), die Reduktion der Kontrollen der K.Mob-Vorbereitungen und vieles andere mehr, das Gegenstand einer besonderen Studie bilden müßte.

Neben der Hauptaufgabe, die Armee unter bewußtem Verzicht auf viel Schönes und Nützliches für einen möglichen schweren Abwehrkampf im Mittelland zu befähigen, scheinen mir alle andern Fragen der Reorganisation derart nebensächlich, daß ich mit dem Zitat General Willes schließen möchte:

«Ich scheue mich nicht, die Überzeugung auszusprechen, daß man besser täte, statt zu revidieren, alles im alten, ungenügenden Zustand zu belassen, wenn man doch nichts anderes erreichen kann, als an einzelnen Nebendingen zu bessern, in der Hauptsache aber nur dem alten, ungenügenden Zustand ein neues Gewand zu geben».

## DIE DEMOKRATISCHE WILLENSBILDUNG AUF ABWEGEN

(*Betrachtungen zum 11. Dezember 1949*)

VON HEINZ SCHMUTZ

Als am 27. September 1949 das «*Aktionskomitee gegen das eidgenössische Beamtengesetz*» bei der Bundeskanzlei 34 939 Unterschriften des Referendums gegen «die Revision des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1927 über das Dienstverhältnis der Bundesbeamten» zur Prüfung deponierte, stand man bereits mitten in einem außerordentlich heftigen Abstimmungskampfe. Dabei war vorauszusehen, daß die recht kurz bemessene Frist bis zum Urnengang vom 11. Dezember nicht dazu angetan war, eine abgewogene und sorgfältige Volksaufklärung zu begünstigen. Sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern des Beamtengesetzes kamen dann auch Überbordungen vor, die teilweise bedauerliche Formen annahmen. Es kann deshalb nur von Gutem sein, wenn heute in einem Rückblick Unwahrheiten, Verdrehungen und Übertreibungen richtiggestellt werden und wenn Parteien, Verbände und Gruppen zuhanden künftiger Auseinandersetzungen ihre *Lehren aus dem Abstimmungskampfe* ziehen.

Mitten in der Sommerzeit, nämlich am 20. Juli, wurde vom «*Aktionskomitee gegen das eidgenössische Beamtengesetz*», für das Herr Dr. Martin Howald, Zürich, mit Name und Adresse verantwortlich zeichnete, die Referendumsunterschriften-Sammlung eröffnet. Dabei war es interessant festzustellen, daß die Gegner des Gesetzes einen vollen Monat der Referendumsfrist verstreichen lassen mußten, bis sie mit ihrem Aufruf an die Öffentlichkeit herantreten konnten. Die Aktion war somit keineswegs «zum vorneherein *geplant und vorbe-*